

# Vortrag Prof. Dr. Dr. Helge Peukert in Mainz am 18.11.2025

## Erläuterungen zu den Folien

### von Rolf Oesterlein

## 1. Der Ist-Zustand

Der Vortrag beginnt mit der Beschreibung **des Ist-Zustands in der Atmosphäre** (Kapitel 1). **F3** zeigt die vom Weltklimarat (IPCC) angegebenen Restbudgets, die insgesamt noch emittiert werden dürfen, um eine bestimmte Temperaturerhöhung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht zu überschreiten, beginnend im Jahr 2010.

Beispiel: Um gegenüber der vorindustriellen Epoche (1850-1900) mit einer Wahrscheinlichkeit von 83% die Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf der Erde auf 1,5 °C zu begrenzen, dürfen ab 2020 maximal 300 Giga-Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert werden.

Also: wir haben jetzt, im Jahr 2025, bereits 5 Jahre von diesem Restbudget gezehrt, und zwar ziemlich hemmungslos. Jede bürokratische Verschiebung des Emissions-Rückbaus in Berlin & Brüssel verschlechtert die Situation drastisch und kann nicht mehr kompensiert, geschweige denn zurückgeholt werden, weil CO<sub>2</sub> hunderte von Jahren in der Atmosphäre temperaturerhöhend verweilt, ohne zu zerfallen.

Aus **F4** ist ersichtlich, dass wirtschaftliche Krisen den Anstieg der Emissionen immer nur kurz, aber nie dauerhaft abgeschwächt haben, und dass die sinkende Intensität der Emissionen (Emissionsmenge pro Produktionseinheit, gewissermaßen eine Komponente des Produktivitätsfortschritts) immer durch das Wirtschaftswachstum "aufgefressen" wurde und in Zukunft auch weiter aufgefressen wird (Rebound-Effekt).

**F5** zeigt die jährlich emittierten Mengen der verschiedenen Treibhausgase in absoluten Zahlen (Dimension Gigatonnen CO<sub>2</sub> - Äquivalent; d.h. man rechnet der besseren Vergleichbarkeit wegen die anderen Treibhausgas-Mengen so um, als stammten sie auch von CO<sub>2</sub>.)

Der Anteil der fossilen Energie am gesamten Energieverbrauch ist von 2009 bis 2019 weltweit konstant geblieben (**F6**); es hat also kein fossiler Rückbau und kein Abbremsen des Erwärmungsprozesses stattgefunden. **F7** weist darauf hin, dass auch bei "sauberer" Energie-Erzeugung (z.B. Windräder) mit Stahl, Beton, Kunststoffen in großem Umfang Materialien benutzt werden, die keineswegs nachhaltig sind. Also "bremsen" auch Erneuerbare umso schlechter, je mehr Energie beansprucht und produziert wird - und deshalb müssen auch sie im Sinne des Klimaschutzes absolut minimiert werden.

In der Folie **F8** werden die vom IPCC definierten 9 Grenzen des Planeten dargestellt und bewertet (gegen den Uhrzeigersinn):

- Klima-Änderung (Erwärmung) durch Änderung der CO<sub>2</sub> -Konzentration und der Strahlungsbilanz
- Integrität der Biosphäre: Die Vielfalt, das Ausmaß und die Gesundheit der Lebewesen und Ökosysteme beeinflussen den Zustand des Planeten, indem sie den Energiehaushalt und die chemischen Kreisläufe der Erde mitregulieren. Eine Störung der Biodiversität bedroht diese Regulierung und die dynamische Stabilität.

- Sowohl der Verlust der genetischen Vielfalt als auch die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Biosphäre überschreiten kritische Grenzen.
- Veränderungen im Süßwasserkreislauf: Die Veränderung von Süßwasserkreisläufen, einschließlich Flüssen und Bodenfeuchte, beeinträchtigt natürliche Funktionen wie die Kohlenstoffbindung und die Biodiversität und kann zu Veränderungen der Niederschlagsmengen führen. Durch menschliche Eingriffe in sowohl Oberflächengewässer (z. B. Flüsse und Seen) als auch in Bodenfeuchte wurden die planetaren Grenzen überschritten.
- Veränderungen der Landnutzung: Die Umwandlung natürlicher Landschaften, beispielsweise durch Abholzung und Urbanisierung, zerstört Lebensräume und Biodiversität und verringert ökologische Funktionen wie die Kohlenstoffbindung und den Wasserkreislauf. Weltweit sind die verbleibenden Waldflächen in tropischen, borealen und gemäßigten Biomen unter ein "sicheres" Niveau gesunken.
- biochemische Flüsse: gemeint ist hier die Störung von Nährstoffkreisläufen, die die Bodenfruchtbarkeit und die Gesundheit von Wasserökosystemen regulieren, durch übermäßigen Düngemittel Einsatz und Umweltverschmutzung (Phosphor, Stickstoff)
- Meeresversauerung
- atmosphärische Aerosole: die Konzentration von Feinstaub in der Atmosphäre gefährdet das Klima und die menschliche Gesundheit (noch im grünen Bereich)
- Der Ozon-Abbau in der Stratosphäre durch Industrie-Chemikalien wurde durch das Schließen des "Ozon-Lochs" fast vollständig kompensiert, wird nun aber durch den Klimawandel wieder angeschoben (noch im grünen Bereich)
- neuartige Substanzen: Technologische Entwicklungen führen neuartige synthetische Chemikalien in die Umwelt ein, mobilisieren Materialien auf völlig neue Weise, verändern das Erbgut von Lebewesen und greifen auf andere Weise in evolutionäre Prozesse ein und verändern die Funktionsweise des gesamten Erdsystems. Wegen der Menge an synthetischen Substanzen, die ohne angemessene Sicherheitsprüfung in die Umwelt gelangen, stuft man neuartige Substanzen in die "Hochrisikozone" ein.

Nur noch in 2 Bereichen (nicht, wie die Folie suggeriert, in drei) befinden wir uns heute auf sicherem Boden.

Quelle:

<https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/planetare-grenzen>

**F9** zeigt den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Klima-Zerstörung: die Reichen sind die Scharlatane, die Armen die Opfer. **F10** weist schlagwortartig auf das hin, welche Folgen die Klima-Erwärzung verursacht (doch Achtung: ohne Anspruch auf Vollständigkeit und nur grob qualitativ): Meeresspiegel-Anstieg, extreme Wetter-Ereignisse, Infektionskrankheiten (vektorübertragen), Vertreibung von Menschen, ökonomische Ungleichheit, internationale lokale Konflikte, wachsende Sterblichkeit, schwindende Biodiversität, Staatsversagen bis zu Zusammenbrüchen, Absterben von produktiven Ökosystemen, Resourcenmangel (Nahrung, Energie, Wasser).

## 2. Ziele der EU und Deutschlands

Unter dem Schlagwort „Fit für 55“ hat die EU eine Reihe von Rechtsvorschriften subsumiert, die darauf abzielen, ihre **Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken** und die EU bis 2050 "klimaneutral" zu machen. In einzelnen Waben auf **F11** stehen die Bezeichnungen für die einzelnen Gesetzespakete, auf **F12** nochmals etwas anders formuliert.

Auf **F13** werden die zeitlichen Vorstellungen für die Ablösung klimaschädlicher Technologien in verschiedenen Nutzungsbereichen dargestellt: Wohnungen, Heizanlagen, Hausgeräte, Gasnetze, Fernwärmenetze, Blockheizkraftwerke, Hochöfen, moderne Stahlwerke, Pyrolysegeräte (chem. Industrie), Zementöfen, Autos, Nutzfahrzeuge, LKW. Die Tabelle auf **F14** zeigt die Ziele verschiedener Gesetzespakete bis 2030, bezogen auf die unterschiedlichen Referenzjahre. Ob diese Ziele eine ausreichende Wirkung für die Ausbremsung des Klimawandels haben werden, ja ob sie realistischerweise überhaupt erreichbar sind, bleibt hier noch offen.

Auf **F15** bezeichnet der Autor das Vorhaben und die dahinterstehende Denkweise, die er "Ökomodernismus" nennt, als Märchen. Denn während die vorgenannten Reduktionen klimaschädlicher Aktivitäten stattfinden sollen, soll das Bruttonationalprodukt (BNP) wachsen, ja - es darf nicht nur (vielleicht zähneknirschend akzeptiert), sondern es soll auf mehr als das doppelte von 1990 steigen. Die Protagonisten gehen von einer absoluten Entkopplung von Materialverbrauch (Ressourcen) und Wachstum aus, eine Vorstellung, die in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte noch nie realisiert werden konnte und auch nirgendwo in Sicht ist. Bisher gab es immer allenfalls eine relative Entkopplung, d.h. pro Produktionseinheit wurde weniger Ressourcen-Einsatz benötigt ("Effizienzsteigerung", "Produktionsfortschritt"). Dieser Vorteil kam aber nie dem Klima zugute, weil er durch Mehrproduktion mehr als aufgewogen wurde (Rebound-Effekte), denn nur so stellte sich das angestrebte BNP-Wachstum ein.

An dieses von ihnen als "grün" bezeichnete Wachstum klammern sich die deshalb von den Antipoden "Greenwasher" genannten Politiker, die man in Europa und Deutschland im Mainstream findet, bei CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD - eine wahrhaft schockierende Community. Das Problem ist, dass es eben viel zu wenig "Grünes" gibt unter den Definitionen von Nachhaltigkeit durch den klimafeindlichen Block, der z.B. auch Kernenergie, Gas und den hemmungslosen Ausbau von Flughäfen akzeptiert und sich um Umweltschäden und Raubbau bei Ressourcen nicht kümmert. Das Verlockende für diese Haltung ist die Erwartung, sich bei ordentlichem Wachstum nicht um ökonomische und soziale Verwerfungen oder gar gesellschaftliche Verhaltensänderungen kümmern zu müssen; die klimazerstörerischen Folgen werden allerdings umso drastischer ausfallen, und mit ihnen kommen die ökonomischen und sozialen Verwerfungen vielleicht etwas später, aber brutaler: tiefergehend, teurer (!), häufiger irreparabel.

Zu den zahlreichen unrealistischen Legenden der "Ökomodernisten" gehört auch die Vorstellung von der "emissionsfreien Mobilität" (**F16**): die ganze Welt (es gibt ja noch riesigen Nachholbedarf!) soll sich ad libitum mit Autos ausstatten können. Noch nicht einmal die Ziele, die Fridays For Future ausruft (**F17**), werden von der Politik ernsthaft & flächendeckend angegangen, obwohl sie noch keineswegs "revolutionär" sind und nur recht bescheidene Reduktionsmaßnahmen erfordern.

Die EU-Verordnungen propagieren den Emissionshandel als "marktwirtschaftliche Wunderwaffe" gegen die drohende Klimakatastrophe (**F18**). Es müssen (von genau festgelegten Branchen) Zertifikate erworben werden, um bestimmte Mengen von Treibhausgasen (THG) emittieren zu dürfen. Die entstehenden Kosten sollen dazu dienen, den Emittenten zur Reduzierung seiner Emissionen zu animieren. Die beiden Systeme für Industrie und Energie sowie Gebäude und Verkehr (EHS I und EHS II) leiden unter allerlei Wirkungsbremsen. Obwohl die geforderten Minderungswerte sehr bescheiden sind, stellen sie bereits Überforderungen für etliche Branchen dar und verfehlten ihre Ziele. Es gibt Pleiten in ganzen Sektoren; andererseits ist der Preis für die Zertifikate viel zu niedrig.

Die Preisschwankungen (**F19**) verhindern seriöse Planungen der Firmen und führen zu "Panik-Attacken". Ausbalancierte langfristige Preisregulierungen wären wesentlich effektiver - für alle. Allerdings: "Die fetten Jahre sind vorbei," urteilt der Autor. Da hilft auch der kunstvoll steuernde Markt-Eingriff unter dem Schlagwort "Markstabilitätsreserve" (**F20**) nicht wirklich. Gemeint ist damit: sobald es zu teuer zu werden droht und Unternehmen auch nur über eine Abwanderung (Leakage) aus Europa nachdenken, subventioniert man sie durch die Ausgabe kostenloser Zertifikate.

Der Autor fragt kritisch (**F21**), warum nur 55% Reduktion angestrebt werden (und gibt auf den weiter hinten "geparkten" Stand-By-**Folien 68ff** die Antwort aus Sicht der neoliberalen Ideologen: es darf nicht zu schnell gehen, die Industrie - nicht das Klima - muss geschont werden). Weiter fragt er, wieso die beiden Mobil-Branchen Flugbetrieb und Schifffahrt beim Verkehr ausgenommen sind, warum der Finanzsektor und die Biodiversität ignoriert werden und der zur Schau getragene Technik-Optimismus keineswegs mutige Großprojekte (im klimaschützenden Sinn) hervorbringt.

Eine andere Möglichkeit, ohne große Kostenbelastung THG emittieren zu können, sind die sog. "Kompensationsprojekte". Wie im privaten Umfeld eine Spende für die Organisation "atmosfair", die das Geld irgendwo auf der Welt in ökologisch sinnvollen Projekten anlegt, das gute Gewissen trotz klimaschädlicher Flüge aufrechterhalten soll, stecken umweltbelastende Firmen irgendwelchen "Projektentwicklern" Geld zu, mit dem diese - meist im Globalen Süden - ökologisch sinnvolle Aktivitäten umsetzen, die ohne diese Unterstützung von außerhalb - so die gesetzliche Vorschrift - nicht stattgefunden hätten (also: zusätzlich sind). Warum im Globalen Süden? Weil dort jedes THG-Emissionen vermeidende Projekt um Größenordnungen billiger ist als hierzulande. Eine Tonne THG kann durch direkten Zertifikatserwerb bis zu 30 € kosten, im Globalen Süden über Kompensationsprojekte unter 1 €. In jedem Fall bleiben hierzulande die Emissionen oben.

Es gibt hierzu eine Fülle von Detail-Regelungen und Ausführungsbestimmungen, die alle diese Systeme zu schwer durchschaubaren Bürokratie-Monstern machen. Verantwortlich dafür sind allerdings nicht irgendwelche schon als Bürokraten auf die Welt gekommene Sonderlinge in Staatsdiensten, sondern genau jene, die sich auf der politischen Bühne als Anti-Bürokratie-Schreihälse profilieren: Firmenvertreter und ihre Lobbyisten, die für ihre Klientel Sonderregelungen, Ausnahmen, Hintertürchen, Möglichkeiten für Tricksereien usw. einfügen lassen, indem sie entsprechenden Druck aufbauen. Das macht die Regeln zwangsläufig kompliziert.

Diese Regeln führen leider keineswegs zu den erwünschten gesamtheitlichen "Emissions-Verminderungen". Vor allem in Schwellenländern ist kaum nachweisbar, ob die Projekte tatsächlich "zusätzlich" aufgesetzt worden sind und ob überhaupt eine THG-Minderung eintritt. Die Zuordnung konkreter Projekte zu (durch sie erlaubten) Emissionen hierzulande ignoriert meist völlig, dass die Projekte eine vergleichsweise kurze Laufzeit haben, während die gleichzeitig hierzulande emittierten CO<sub>2</sub>-Moleküle jahrhundertelang in der Atmosphäre bleiben und ihre verheerende Erwärmungswirkung beibehalten. Aus THG-Sicht unzureichend ist etwa die "Kompensation" von Abholzungen durch Neupflanzungen, die Jahrzehnte benötigen, ehe sie die gleiche CO<sub>2</sub>-Speicherungskapazität erreichen wie die vernichteten Bäume.

Regierungen in Projektländern werden durch die Zahlungen animiert, nicht selbst Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten (z.B. den Ausbau erneuerbarer Energien), sondern lieber

auf "Kompensationsgelder" von außerhalb zu warten. In Ruanda entlasten die Zertifikat-Gelder die Regierung und fließen letztlich, wenn auch indirekt, ins Militär.

Auch die Hoffnung, immerhin habe die EU Pflöcke eingeschlagen, ist trügerisch: ständig drohen Aufweichungen (**F22, 23**). Ein weltweit zu beobachtender restaurativer Prozess läuft auch mit voller Wucht in der EU und in Deutschland, sogar von hier ausgehend und nach dort gerichtet. Die Verwässerung des EU-Lieferketten-Gesetzes, die Demontage des Verbrenner-Verbots ab 2035, die Verzögerung der Absenkung von Brenner-Grenzwerten, Industrie-Strompreis-Subventionen und viele andere Sabotage-Aktionen werden vom politischen Personal mit offenem Visier durchgeboxt, neuerdings sogar mit Unterstützern aus dem Lager der AfD und Gleichgesinnter. Das heuchlerischste Schlagwort ist vermutlich die "Technologie-Offenheit" als verkapptes Synonym für klimazerstörende Absichten.

Seit 1990 haben sich die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland zwar fast halbiert (**F24**), aber das Restbudget für eine Anstiegsbegrenzung auf 1,5 ° C ist trotzdem aufgebraucht (**F25**). Und weiterhin emittiert man hierzulande pro Kopf 11,2 Tonnen CO<sub>2</sub> -Äquivalent im Jahr (**F26**). Man muss bei diesem Wert zwar berücksichtigen, dass es unterschiedliche Ermittlungsmethoden und immer wieder Verzerrungen gibt (z.B. durch die Bewertung von Exporten und Importen und die Berücksichtigung / Nichtberücksichtigung weiterer Treibhausgase), so dass unterschiedliche Zahlen publiziert werden (siehe auch Stand-By-Folien **79 & 80**). Aber das mildert das Grundproblem nicht ab, denn die Menschheit müsste in jedem Fall weltweit unter einer Tonne pro Kopf und Jahr bleiben.

### **3. Die COP in Belém (Brasilien, 10.-24.11.2025)**

Taufrisch berichtet der Referent über die gerade laufende 30. Weltklimakonferenz (COP30) in Brasilien (**F27**). Er kritisiert die falsche Zusammensetzung (zu viele - 50 000 - nationale Interessenvertreter und Lobbyisten, weitgehender Ausschluss von Indigenen & Zivilgesellschaft), die Konsenspflicht, das Fehlen von Sanktionen und das Ausbleiben von progressiven Ergebnissen bei Minderungszusagen und Ausgleichszahlungen an die Länder des Globalen Südens. Die 10 Jahre vorher bei der COP21 in Paris anvisierten Ziele driften ins Unerreichbare davon (**F28**).

### **4. Polit-Ökonomie**

Der Hauptwiderspruch des herrschenden ökonomischen Systems ist seine Steigerungsdynamik, ohne die es zusammenbrechen würde (**F29**). Es gibt keine Modelle, mit denen man für eine bestimmte Wachstumsrate die notwendigen Parameter errechnen und in der Praxis ansteuern könnte. Wie sonst könnte man die kritischen Faktoren (einige werden genannt) herunterfahren? Die Abläufe stehen in prinzipiellem Widerspruch zu allen natürlichen Kreisläufen des Planeten.

Was könnte der Staat ausrichten (wenn er wollte)? Er befindet sich - Steuer-Einnahmen - in einer strukturellen Abhängigkeit von den Inhabern der ökonomischen Macht (**F30**). Für sie muss er die Deregulierung aufrechterhalten und Krisen bewältigen.

So hängen alle am Wachstumstropf (**F31**): Staat, Unternehmen, Finanzmärkte, Lohnabhängige. In Berlin handelt - mindestens hinter den Kulissen - eine klandestine "Große Koalition", die verhindert, dass auch solche politischen Dinge nicht geschehen, für die es eine demokratische Mehrheit gibt.

## 5. Was tun?

Das erforderliche neue Zivilisationsmodell (**F32**) mit gebremsten Emissionen ist nur mit gebremstem Wachstum - also: Postwachstum - möglich (**F33**). Man muss die Fossilen drinlassen (**F34**). Und es geht nicht ohne radikale Maßnahmen (**F35**) wie der Aushebelung des fossilen Weltkartells, einer möglichst raschen Erreichbarkeit einer Netto-Null-Emission, einer drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs, einer drastischen Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises sowie eines Rückbaus klimaschädlicher "Errungenschaften". Seit Jahren gibt es hierzu zahlreiche Veröffentlichungen (**siehe hierzu auch die kommentierte Literaturliste auf dieser Website der AG "Sozial-ökologische Transformation"**).

Bereits 2009 haben die beiden Wissenschaftler Jørgen Randers und Paul Gilding in einem Beitrag dargelegt, dass das öffentliche Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels im Laufe des anbrechenden Jahrzehnts so weit steigen würde, dass Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der globalen Treibhausgas-Emissionen gefordert würden; diese sollten auf einem gut vorbereiteten Krisenreaktionsplan für die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau aufgelistet sein. Die Autoren präsentierten einen ersten Entwurf – den „Ein-Grad-Kriegsplan“ – und forderten umfassende Bemühungen zur Verbesserung und Fortschreibung.

Trotz weiterer Publikationen, z.B. im Jahr 2020 "Globaler Klimanotstand: Warum unser demokratisches System an seine Grenzen stößt" von Graeme Maxton, Maren Urner und Felix Austen (**F36**), wurde die Chance verpasst, und man musste auf einen "Zwei-Grad-Kriegsplan" umsteigen (**F38**). Neben einer wirtschaftlichen Gesamtrahmenplanung (**F37**) mit einer Geld-Reform ("Schenkgeld"), einem Öffentlichen Arbeitsmarkt und einem Bedingten Grundeinkommen zur Abfederung von Arbeitslosigkeit sowie dem Aufbau eines Biodiversitätsnetzes müsste es den Kohlekraftwerken und dem Flugverkehr weltweit an den Kragen gehen, ebenso einigen klimaschädlichen Industrie-Branchen (**F39**).

Das sollte zu einer Radikal-Konversion der Arbeitskräfte führen - dorthin, wo sie gebraucht werden; der Bedarf ist hoch (**F40**). Infrastruktur und Daseinsvorsorge sollten entprivatisiert werden (**F41**) - eigentlich bereits uralte Forderungen, die immer dringlicher werden, aber immer noch an vielen Stellen durch einen struktur- und konzeptionslosen Misch-Modus blockiert werden.

Da der Kuchen beim industriellen Rückbau schrumpfen wird (**F42**), müssen die Steuern stärker zum An"steuern" der klimapolitischen Ziele eingesetzt sowie die Einkommen und die gewerbliche Arbeitszeit gedeckelt werden. Zur Einkommensharmonisierung muss das Finanzsystem reguliert, beim Unternehmensbesitz das "Verantwortungseigentum" eingeführt werden (Verantwortungseigentum bedeutet, dass die Eigentümer des Unternehmens zwar Stimm- und Teilhaberechte haben, jedoch nicht am Gewinn partizipieren).

Energie wird nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen; sie muss eingespart werden, wo es möglich ist (**F43**). Auch für den Primärsektor hat Peukert eine Fülle von Reform-Ideen (**F44 - 46**) als Diskussions-Punkte aufgeführt, die es zu vereinbaren und zu spezifizieren gilt.

Von alledem sind wir meilenweit entfernt, obwohl die Katastrophe ungebremst näherrückt. Denn wir sind eine "Verdrängungsgesellschaft" (**F49 & 53**). Wir müssen dringend an der Verringerung unserer "kognitiven Dissonanz" arbeiten (**F50**); kognitive Dissonanz heißt, dass wir nicht das tun, um dessen Notwendigkeit wir wissen.

Für die Zurückgewinnung unserer Rationalität müssen wir unsere phantasievoll erfundenen Ausreden als das enttarnen, was sie sind: selbstbetrügerische Schein-Erkenntnisse, die unserer eigenen Existenz massiv schaden. Dazu müssen wir uns allerdings in einem politischen Umfeld behaupten, dass uns diese Form des "Selbstdenkens" zugunsten restaurativen Denkens auszutreiben versucht ("Hegemoniale Aufweichung", **F51**), mit Schlagworten wie Nationalstaat, Leitkultur, Wachstum (meist: "Wohlstand") und Appellen an Klimarelativismus, alte Rollenbilder, national-sozialen Zusammenhalt und zunehmend an Verschwörungstheorien aller Art ("Heizungsterror"). Weltweit werden wir mit verschiedensten Ausprägungen der Rückschrittlichkeit konfrontiert: vom bewaffneten Umsturz über Rechtsradikalismus & Rechtspopulismus, die sog. "formierte Demokratie" (wie z.B. in Ungarn) bis zur bürgerlichen Mitte, die mit AfD-Thesen sympathisiert.

Um bei der Durchdringung dieser unübersichtlichen Situation zu helfen, empfiehlt der Referent (**F54**) abschließend das Buch "Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik", Suhrkamp Verlag, August 2019 - 263 Seiten, 18,- €. Der Klappentext erläutert das Ziel des Buches:

*Duschen, Radio an, Espressokanne auf den Herd, Kinder in die Kita, ab in die U-Bahn: Alle diese Handlungen, die wir für selbstverständlich halten, wären ohne komplexe Infrastruktur nicht möglich. Ähnliches gilt für Gesundheitsversorgung und Bildung, die ohne staatliche Investitionen in Gebäude und Personal nicht funktionieren würden. Doch in den vergangenen Jahrzehnten wurden in ganz Europa immer mehr Krankenhäuser, Schulen, Bahnstrecken oder gleich ganze Verkehrsnetze privatisiert und so der Profitlogik unterworfen - mit bisweilen dramatischen Folgen. Inzwischen wächst der Widerstand; in vielen Ländern formieren sich Bewegungen für eine Rekommunalisierung z. B. der Wasserversorgung. Was wir brauchen, so die Autorinnen und Autoren, ist eine neue, progressive Infrastrukturpolitik. Wir müssen die Ökonomie wieder als etwas begreifen, das zuallererst dem guten Leben der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist.*

---

Mit dieser **Folie 54** ist die logische Abfolge des Vortrags durchlaufen. Die weiteren 33 Charts sind Stand-By-Hinweise zur Vertiefung einzelner Aspekte des ideologischen Narrativs. Wer sie nachlesen möchte, kann dies selbstverständlich tun. Empfehlenswert ist allerdings auch die Durcharbeitung der ausformulierten Rezension von Helge Peukerts 2-bändigem Werk "Klimaneutralität jetzt!" im entsprechenden pdf-File, der auf dieser Website einsehbar ist.

Hier folgt nun noch ein kurzes Summary der Diskussion, die sich dem Vortrag am 18.11.2025 angeschlossen hat ("Fishbowl"-Podium mit 5 Stühlen für Referent, Moderator und 3 wechselnde Personen aus dem Auditorium).

---

## 6. Zusammenfassung der Diskussion

### 1.

Zu Beginn wird das weitgehende Fehlen von jungen Leuten im Auditorium beklagt. Man vermutet als Grund vor allem die große Komplexität des Themas sowie eine zu geringe Aufmerksamkeitsspanne bei vielen, die dadurch eher zu abwechslungsreichen Events tendieren als dazu, mit langem Atem dicke Bretter zu bohren ("die Mühen der Ebene"). Psychologen haben ein ganzes Arsenal an Ausweichmöglichkeiten gegen das unangenehme Sujet aufgetan (siehe auch Literaturliste), und das allerdings durchaus generationenübergreifend. Psychologin Lea Dohm wies z.B. auf der Auftaktveranstaltung der Vorlesungsreihe "Voices for Climate" an der Uni Mainz darauf hin, dass insgesamt der eigene Kenntnisstand notorisch überschätzt werde; natürlich braucht man nirgendwo mehr hinzugehen, wenn man alles bereits weiß.

### 2.

Die vorgenannte Serie "Voices for Climate" wird von einem Zuhörer insgesamt gelobt. (Sie ist im Internet nachzuverfolgen.) Dem stimmt auch der Moderator zu; er hat vorher lediglich die wirtschaftswissenschaftlichen Beiträge von 2024 und 2025 getadelt, weil sie das "grüne Wachstum" propagiert haben, was wissenschaftlich - so die Quintessenz von Helge Peukerts Vortrag und seinem zitierten Buch - nicht haltbar ist.

### 3.

Die Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen die Klimakatastrophe wird diskutiert. Eingeräumt wird die schwierige Situation, aber kritisiert wird das Verkriechen im grünen Wachstum-Narrativ. Der Referent sagt, die IGM hänge stur an den Auto-Arbeitsplätzen statt Konversionsalternativen für den Klimaschutz einzufordern.

### 4.

Die Zuhörerschaft sieht das "Was tun?" als wichtigstes Teilthema an und hätte sich noch weitergehende diesbezügliche Ausführungen gewünscht; es gebe auch kein Werk, das die Ansätze verschiedener Autoren zusammenführt oder wenigstens gemeinsam darstellt. Laut Helge Peukert liegt das daran, dass es keine echte Postwachstumsforschung gibt: kein Lehrstuhl mit entsprechenden Ressourcen beschäftigt sich damit. Es ist ein Armutszeugnis für die gesamte Wissenschaft, aber auch für die staatliche Wissenschaftspolitik. Der deutsche Staat finanziert z.B. ein Wissenschaftsgremium namens WBGU ("Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen"), der zumindest ehemals unter der Leitung von Prof. Schellnhuber wegweisende Expertisen geliefert hat, die allesamt unrealisiert, ja unreflektiert in der Schublade gelandet sind. Allerdings, so der Referent weiter, gibt es spätestens bei der Detaillierung der Ansätze viele unterschiedlichen Sichtweisen, z.B. bei der Frage eines Grundeinkommens: Christian Felber fordert ein bedingungsloses, Helge Peukert ein bedingtes.

### 5.

Manche Forderungen im Vortrag gehen Teilen des Auditoriums nicht weit genug. Bruno Kern, selbst Buchautor in gleicher Sache, nennt als Beispiel den Autoverkehr, den es im Privatbesitz nicht dauerhaft geben könne. Das wird nicht bestritten. (In der Stand-By-Folie 76 - nicht aufgelegt - wird dieser Punkt aufgeführt.) Es bleibt die grundsätzliche taktische Frage, ob nicht auch notwendige, aber noch nicht hinreichende Forderungen aus Gründen der

Durchsetzbarkeit erhoben werden sollten oder ob das die hinreichenden (und somit langfristig unverzichtbaren) ausbremst.

**6.**

Niko Paech, ebenfalls pluraler Ökonom (siehe Literaturliste), wird als Analytiker gelobt (siehe auch Literaturliste). Seine unpolitische Klimawandel-Bekämpfung durch sog. "Pioniere im Reallabor" hält auch Helge Peukert nicht für ausreichend.

**27.12.2025**